Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1.95 M., ausgiebig 45 Pf. Heimarbeiter. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 und 19 767. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 10 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefporto 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 254 | Dresden, Donnerstag, den 30. Oktober 1930 | 41. Jahrgang

Kampfprogramm der beiden Internationalen

Gegen Wirtschaftskrise und Faschismus

R. Köln, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Im Kölner Rathaus tagte am 27. und 28. Oktober die gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In den zweitägigen Beratungen wurden die wichtigsten Probleme der weltwirtschaftlichen Lage und die Arbeitslosigkeit erörtert. Man beschloß einmütig ein Kampfprogramm, das die wichtigsten unmittelbaren Forderungen zur Linderung der Not der Arbeitslosigkeit enthält. Außerdem wurde ein Arbeitsprogramm für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Zur Vorbereitung der Beschlußfassung über diese Fragen wurden Kommissionen und Berichterstatter gewählt, die ihre Beratungen unverzüglich aufgenommen haben. Die Vollkommission wird Anfang Dezember nochmals zusammentreten, die Berichte entgegennehmen und die notwendigen Entschließungen für die weiteren Phasen des Kampfes fassen.

Im Anschluß an die Tagung der gemeinsamen Kommission der beiden Internationalen fand am 29. Oktober eine gemeinsame Beratung der Vorstände der beiden Internationalen statt. Deutschland war durch den Vorsitzenden der SPD., den Reichstagsabgeordneten Otto Wels, vertreten. In der Sitzung erörterte man die Vorstöße des Faschismus in Europa und besprach insbesondere die Lage in Polen, Oesterreich, Deutschland und Finnland. Eine ausführliche Entschließung, die einstimmig beschlossen wurde, zeichnet die gegenwärtige politische Situation in diesen vom Faschismus augenblicklich am stärksten bedrohten Ländern und die Aktionsmöglichkeiten zur Abwehr der Gefahr. An den polnischen Sozialisten Kwapinski, den Vorsitzenden des Freien Gewerkschaftsbundes Polens, und an Zerbe, den Führer der deutschen Sozialdemokraten in Polen, die auf Grund lächerlicher Anklagen zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wurden Sympathietelegramme abgesandt. Die Tagung nahm schließlich noch den Bericht über die bisherigen Arbeiten der gemeinsamen Kommission der beiden Internationalen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegen und hieß sie einstimmig gut. Ferner wurde einstimmig eine Protestentschließung gegen die Massenhinrichtung in Sowjetrußland angenommen.

Ruf für Abrüstung

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags lehnte am Mittwoch nach einer mehrstündigen Debatte alle ihm vorliegenden Anträge zum Reparationsproblem mit wechselnden Mehrheiten ab. Angenommen wurde folgende Entschließung zur Abrüstungsfrage:

„Der Auswärtige Ausschuß hat auf Grund des Berichts des Reichsministers des Auswärtigen von dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung, insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen. Er muß danach feststellen, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben. Die Staaten, die mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand sind, haben bei den letzten Genfer Beratungen nicht einmal zu einem Beschlusse veranlaßt werden können, der die schnelle Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sichergestellt haben würde.

Deutschland steht somit vor der Tatsache, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zu restloser Entwaffnung bis zum letzten Punkt hat durchführen müssen, daß ihm aber die vertraglich zugesicherte, längst fällige Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verstärkung der Rüstungen. Der Auswärtige Ausschuß ist der Ansicht, daß dieser Zustand in krassem Widerspruch zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung steht, daß er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet und daß er aus diesen Gründen völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuß erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schleunigste Aenderung der gefahrvollen Lage hinwirkt und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatz paritätischer Sicherheiten entspricht, und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen."

Die Berliner Presse berichtet, daß der angenommene Antrag von Abg. Dauch (D. Vp.) mit einem Zusatzantrag des Abg. Graf Westarp (Volkskons.) gestellt worden sei. Er sei mit den Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten, der Christlich-Sozialen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen worden.

Stegerwalds Rezepte

Preisabbau und Lohnsenkung — Aber wo bleibt der Preisabbau?

Reichsarbeitsminister Stegerwald hatte gestern Mittwoch eine Aussprache mit einem Pressevertreter, in der er seine Anschauungen über die gegenwärtige Wirtschaftslage darlegte. Er führte dabei u. a. aus, daß der, der heute noch bestreite, daß die deutsche Wirtschaft in vielen Zweigen überlastet sei, unverantwortliche Illusionspolitik treibe. Die deutsche Wirtschaftskrise könne nur auf zwei Wegen behoben werden, durch eine vernünftige wirtschaftliche Regelung der Tributleistungsfrage und durch eine verstärkte Kaufkraft im Innern. Diese Stärkung der Kaufkraft sei nur zu erreichen durch eine ertragbringende landwirtschaftliche Erzeugung und durch die Verbilligung der gewerblichen und industriellen Produktion, sowie vom Massenverbrauch her. Daraus ergebe sich, daß man gewisse Lohnminderungen in Kauf nehmen müsse, um die Voraussetzungen für neue Verbrauchserweiterungen zu schaffen. In der Privatwirtschaft erhielten etwa 18 Millionen Arbeitnehmer 32 bis 33 Milliarden Mark Löhne und Gehälter, um davon jährlich 3 Millionen Arbeitslose mit jährlich 3 Milliarden Mark zu unterstützen. Es sei die Frage, ob nicht lieber 21 Millionen Arbeitnehmer in den Produktionsprozeß gebracht werden sollten, um vorübergehend ebenfalls eine ähnliche Gesamtlohnsumme zu beziehen. Darüber hinaus müsse erreicht werden, daß im Wege der Preissenkung die breiten Massen in den Stand gesetzt werden, mit 31 bis 32 Milliarden Mark Löhnen und Gehältern mindestens nicht weniger kaufen zu können, als das heute einschließlich der Unterstützung der Arbeitslosen mit 33 bis 34 Milliarden Mark der Fall ist. Eine Milliarde Mark Lohnsenkung müsse mindestens mit 2½ bis 3 Milliarden Mark Preissenkung einhergehen, und dem so verbilligten Warenangebot müsse dann eine verstärkte Nachfrage folgen. Auch an einer Senkung der Güterverteilungskosten könne nicht halt gemacht werden. Würde nicht eine Preissenkung für Gegenstände des täglichen Bedarfs beim Kleinverkaufspreis wichtiger Lebensmittel in absehbarer Zeit erreicht, so könnten Schiedssprüche mit Lohnkürzungen seitens des Reichsarbeitsministeriums nicht mehr für verbindlich erklärt werden. Nicht nur von Kartellen und Preiskonventionen, sondern vom Lebensmittelhandel und Verarbeitungsgewerbe müßten Preissenkungen gefordert werden.

*

Stegerwald hat sicher recht, wenn er sagt, daß die deutsche Wirtschaft in vielen Zweigen stark überlastet sei, fragt sich nur, worauf diese Ueberlastung zurückzuführen ist. Unsere Unternehmer sind bekanntlich mit der Antwort leicht bei der Hand, indem sie auf die angeblich unerträglich hohen Löhne und Soziallasten hinweisen. Davon wird aber nicht gesprochen, daß viele Unternehmungen heute zu große Betriebsanlagen haben und deswegen eine zu große Zinsenlast tragen müssen. Trotz des verringerten Umsatzes wollen sie eine Rentabilität ihrer Betriebe erzielen, und das können sie oft nur erreichen, wenn sie an überhöhten Preisen festhalten. Vor allen Dingen müßte unseren Unternehmern klargemacht werden, daß sie ihre übermäßig ausgedehnten Betriebsanlagen erst einmal gehörig abschreiben müssen, ehe sie wieder auf Rentabilität Anspruch erheben können. Wenn Herr Stegerwald davon spricht, daß die deutsche Wirtschaftskrise nur durch eine Stärkung der Kaufkraft behoben werden könne, so macht er sich den Standpunkt der Gewerkschaften zu eigen, und man kann nur wünschen, daß die Reichsregierung, wie es Herr Stegerwald in Aussicht stellt, nicht eher Schiedssprüche mit Lohnsenkungen für verbindlich erklärt, bis wirklich die Lebenshaltungskosten erheblich gesunken sind, denn sonst wird nicht die auch nach Stegerwalds Ansicht notwendige Stärkung der Kaufkraft, sondern gerade das Gegenteil erreicht. Aber auch wenn die Lebenshaltungskosten verbilligt sind, dürfen die Löhne nicht in demselben Maße herabgesetzt werden, sondern nur so weit, daß für die Arbeiter eine erhebliche Besserstellung, und damit eine Erhöhung ihrer Kaufkraft übrigbleibt. Soll die Krise überwunden werden, so genügt es nicht, daß in Zukunft Arbeiter und Angestellte ebensoviel kaufen können wie jetzt für ihre Löhne, Gehälter und die Arbeitslosenunterstützung; sie müssen wesentlich mehr kaufen können.

Daß bisher von einer nennenswerten Senkung der Lebenshaltungskosten überhaupt noch nicht die Rede sein kann, wird wohl auch Stegerwald bekannt sein, obgleich auch ohne Lohnsenkungen infolge des Sinkens der Rohstoffpreise und der Zinsen wesentliche Preissenkungen der Verbrauchsgüter auch dem letzten Verbraucher gegenüber möglich sein müßten. Hoffentlich setzt Herr Stegerwald seinen Einfluß in der Regierung mit der notwendigen Entschiedenheit dafür ein, daß Produzenten und Händler endlich gezwungen werden, mit ihren Preisen gehörig herabzugehen. Auf diese Weise kann am ehesten die Stärkung der Kaufkraft der Massen erreicht werden, die auch Herr Stegerwald für eine Vorbedingung eines wirtschaftlichen Wiederaufstieges ansieht.

Lockerung des britischen Weltreichs

A. London, 30. Oktober. (Eig. Funk.) Der Verfassungsausschuß der englischen Reichskonferenz beschloß, dem Plenum des Kongresses folgende Vorschläge zu unterbreiten, deren Annahme als gesichert gelten kann:

1. die selbständige Ernennung der Generalgouverneure durch die Dominions sowie eine **weitere Reform der gesetzgebenden Versammlungen der Ueberseestaaten;**
2. einen britischen Reichsgerichtshof zur **Schlichtung aller zwischen dem Mutterland und den Ueberseestaaten** schwebenden Streitfragen;
3. eine Reform, um die diplomatischen Beziehungen zwischen den Dominions und den auswärtigen Mächten neu zu regeln und auf neue **Grundlagen zu stellen.**

Diese Vorschläge, von denen man annehmen muß, daß ihnen auch die Arbeiterregierung Englands zustimmt, bedeuten in der Praxis einen weiteren großen Schritt der Ueberseestaaten zur vollen Autonomie.

*

Das undemokratische Wahlrecht

A. London, 29. Oktober. (Eig. Drahtb.) Im Unterhaus sprach am Mittwoch der liberale Führer Lloyd George zur Thronrede. Er kritisierte zunächst die Palästina-Politik der Regierung und wies die Erklärungen Macdonalds vom Dienstag als ungenügend zurück. Eine Stellungnahme zu dem neuen von der Regierung angekündigten Gewerkschaftsgesetz sei für die Liberalen noch nicht möglich. Die Gerechtigkeit verlange unbedingt eine Wahlreform. Heute bestehe in England durch die ungleichen Wahlkreise der Zustand, daß die Labour Party bei 29 000 Stimmen, die Konservative Partei bei 34 000 Stimmen einen Abgeordneten erhielte, die Liberale Partei brauche dagegen 90 000 Stimmen für jeden Parlamentssitz. (Früher wäre es anders, da brauchte die Arbeiterpartei für ein Mandat die meisten Stimmen.) In der Frage der Arbeitsbeschaffung wünschten die Liberalen eine größere Aktivität der Regierung, die keine Mehrheit hinter sich habe und deshalb die Wünsche der Liberalen beachten müsse.

*

Vor neuem Bruch mit Moskau

A. London, 29. Oktober. (Eig. Drahtb.) Aus einer Anfrage in der Mittwochsitzung des englischen Unterhauses geht hervor, daß Außenminister Henderson in diesen Tagen dem russischen Botschafter ernste Vorhaltungen über die Sowjetpropaganda in Großbritannien gemacht hat. Der Sowjetbotschafter versicherte, die russische Regierung sei bemüht, alle in dem englisch-russischen Vertrag niedergelegten Bestimmungen zu beachten und sich jeder Propaganda gegen Großbritannien zu enthalten. Rußland könne jedoch die Tätigkeit der 3. Internationale nicht überwachen. Darauf hat die englische Regierung nochmals die russische Regierung auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer solchen zwiespältigen Auslegung der von Rußland eingegangenen Verpflichtungen ergeben müssen und die Fortdauer der antienglischen Propaganda das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten gefährden könne.

Der Daily Herald unterstreicht die vorstehenden Tatsachen in einem Leitartikel. Er warnt die russische Regierung in sehr ernster Sprache und ersucht sie, die Propaganda gegen Großbritannien einzustellen, da es sonst unmöglich wäre, die guten Beziehungen zwischen England und Rußland aufrechtzuerhalten.

*

Prellung der Kriegsgeldgeber durch Frankreich

Die Engländer verlieren 1 Milliarde Mark

A. London, 29. Oktober. (Eig. Drahtb.) Das englische Auswärtige Amt hatte vor einiger Zeit eine Note nach Paris gesandt, in der Frankreich ersucht wurde, **die seinerzeit in Frankreich von Engländern gezeichneten Kriegsanleihen in Gold zurückzuerstatten.** Die nunmehr in London eingetroffene französische Ant-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19301030/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG